

Für einen gerechten Ausgleich

Positionspapier zu den Corona-Herausforderungen weltweit



Berlin, 1. Dezember 2020 – Die Herausforderungen, mit denen sich die Welt konfrontiert sieht, sind mit der Corona-Pandemie noch dramatisch gewachsen. Das Virus überwindet alle Grenzen, es greift weltweit die Gesundheit aller Menschen an – doch die Bedingungen, unter denen es die Menschen trifft, sind sehr verschieden. Leistungsfähige Gesundheitssysteme, soziale Absicherung, gute wirtschaftliche Ausstattung, Möglichkeiten zur Prävention – diese Instrumente zum existenziellen Schutz stehen längst nicht allen Menschen zur Verfügung. Im Gegenteil: Die

Pandemie deckt die Schwächen der Wirtschafts-, Finanz- und Gesundheitssysteme endgültig auf. Sie führt uns die globale Ungleichheit zwischen Arm und Reich drastisch vor Augen und wird – das zeigen die aktuellen Statistiken – die Kluft weiter vergrößern. Sie wirkt wie ein Brandbeschleuniger für ohnehin bestehende Krisen und Katastrophen. Jetzt nur schnellstmöglich zur Normalität zurückkehren zu wollen hieße die Augen vor den Defiziten und ihren Ursachen zu verschließen – und damit den Boden für künftige Krisen zu bereiten.

Die Pandemie verschärft soziale Ungleichheit

Gravierend sind die Auswirkungen der Pandemie vor allem für Menschen, die schon vor der Coronakrise in prekären Verhältnissen gelebt haben, häufig Frauen und Mädchen, informell Beschäftigte in Landwirtschaft und Textilindustrie, Menschen mit körperlichen und psychischen Einschränkungen, Migrant*innen und Bewohner*innen informeller Siedlungen. Nach Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) haben allein im Mai 2020 1,6 Milliarden Menschen im informellen Sektor ihr Einkommen wegen der Lockdowns verloren. 70 Prozent der Weltbevölkerung leben ohne oder nur mit unzureichender sozialer Absicherung. Millionen Menschen können ihre Familien nicht mehr versorgen, Menschen hungern, Kinder können nicht mehr am Schulunterricht teilnehmen, die Wirtschaft bricht dramatisch ein, Nahrungsmittelpreise steigen und Gesundheitssysteme sind überfordert. Wesentliche medizinische Leistungen, wie die gemeindenahere Basisgesundheitsversorgung oder Langzeitbehandlungen von Tuberkulose, HIV und chronischen Krankheiten, sind laut Weltgesundheitsorganisation (WHO) längst stark eingeschränkt.

Die UN schätzen auf der Grundlage vorläufiger Wirtschaftsdaten, dass im Jahr 2020 zusätzlich 80 bis 130 Millionen Menschen von Unterernährung bzw. Hunger betroffen sind. 66 Millionen Kinder sollen von extremer Armut bedroht sein. Im Mai 2020 konnten nach Angaben der UNESCO 1,5 Milliarden Schüler*innen keine Schule besuchen. Es steht zu befürchten, dass Kinder aus ärmeren Familien, und insbesondere Mädchen, nie mehr in die Schule zurückkehren und damit den Anschluss an Bildung endgültig verlieren werden. Zudem sind Mädchen und Frauen auch gesundheitlich besonders gefährdet: Weltweit werden sie vermehrt Opfer häuslicher Gewalt, außerdem verschlechtert sich vielerorts die Versorgung im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit dramatisch. Dies hat zu einem starken Anstieg an ungeplanten Schwangerschaften auch unter Teenagern geführt.

Die Pandemie erfordert schnelles Gegensteuern und systemische Veränderungen

Menschen in vielen Ländern brauchen unmittelbare Unterstützung, um den Folgen der Coronapandemie entgegenzuwirken. Die elf Mitgliedsorganisationen im Bündnis Entwicklung Hilft nehmen ihre Verantwortung wahr und unterstützen ihre Partner in den Projektländern bei der Bekämpfung des Virus und der Bewältigung der Pandemie-Folgen. Aber Nichtregierungsorganisationen wie die Bündnis-Mitglieder und multilaterale Institutionen können diese fatalen Entwicklungen nicht allein durch eine Steigerung der Hilfsmaßnahmen auffangen. Es ist dringender denn je, globale Lösungen für den Zugang zu gesunder Ernährung, Bildung, Gesundheitsversorgung und sozialen Dienstleistungen zu finden. Ernsthaftes Umdenken und systemische Veränderungen sind dabei unabdingbar.

Wir alle stehen in der Verantwortung, aus dieser Krise Lehren zu ziehen, die unser globales System sozial gerechter, nachhaltiger und widerstandsfähiger machen. Dafür müssen zunächst die nun eingesetzten Rettungsschirme vieler Regierungen so justiert werden, dass aus ihnen Maßnahmen hervorgehen, die langfristig zu dem erforderlichen gesellschaftlichen Wandel beitragen.

Die deutsche und die europäische Entwicklungszusammenarbeit sollten sich daher insbesondere durch folgende Merkmale auszeichnen:

Partizipativ & (Macht)sensibel

Die aktuelle Krise sollte dazu genutzt werden, Normen, Werte und Machtstrukturen, auch in der Entwicklungszusammenarbeit, zu hinterfragen und zu verändern. Betroffene, insbesondere vulnerable Gruppen, müssen umfassender in die Planung und Umsetzung von Programmen eingebunden und beteiligt werden. Dabei sollte Verantwortung von Beginn an noch stärker als bisher an lokale Akteure übertragen

werden. Langfristig muss es das Ziel sein, die bisherige Entwicklungszusammenarbeit in eine neue globale Zusammenarbeit auf Augenhöhe zu verwandeln. Dafür sollte die deutsche Entwicklungszusammenarbeit die Mitverantwortung Deutschlands für weltweite Entwicklungen stärker in den Blick nehmen und dabei postkoloniale und antirassistische Ansätze einbeziehen.

Solidarisch, Handlungsfähig & Multilateral

Um den Herausforderungen der Coronakrise zu begegnen, bedarf es globaler solidarischer Antworten. Nationaler Abschottung und einer Abkehr vom Multilateralismus muss entschieden entgegengetreten werden. Es müssen finanzielle und personelle Ressourcen bereitgestellt werden, um die Handlungsfähigkeit sowohl multilateraler Institutionen wie der WHO als auch zivilgesellschaftlicher Strukturen zu sichern. So sollte sich Deutschland dafür einsetzen, dass mit öffentlichen Mitteln finanzierte wissenschaftliche Forschungsergebnisse, Daten und Technologien zu Covid-19 in einem gemeinsamen Technologie-Pool geteilt werden. Patentschutz, der dem entgegen steht, muss zur Sicherung des gerechten, weltweiten Zugangs zu Impfstoffen zumindest temporär aufgehoben werden.

Dazu müssen die bestehenden, international geregelten Aufhebungsmöglichkeiten, beispielsweise TRIPS Waiver im Rahmen der Welthandelsorganisation WTO, eingesetzt werden. Nur in Kooperation können relevante, global gültige Lösungsansätze entwickelt und unmittelbare Aufgaben wie die Herstellung sowie gerechte Verteilung von Impfstoffen über Grenzen hinweg umgesetzt werden. Darüber hinaus muss sichergestellt werden, dass aus Perspektive der Pandemiebekämpfung notwendige Einschränkungen von Grundrechten unter Wahrung rechtsstaatlicher und menschenrechtlicher Normen erfolgen, dass sie verhältnismäßig sind und Mechanismen bestehen, die sie überprüfen und Korrekturen einfordern können.

Sozial & Vorsorgend

Soziale Sicherungssysteme schützen nicht nur in akuten Krisenzeiten, sie tragen langfristig dazu bei, die Vulnerabilität vor allem armer und marginalisierter Bevölkerungsgruppen nachhaltig zu senken und sie gegenüber kommenden Krisen und Katastrophen widerstandsfähiger zu machen. Der Aufbau sozialer Sicherungssysteme nach definierten Standards wie dem Social Protection Floor der ILO ist in erster Linie Aufgabe der Staaten. Regierungen aber, die den Aufbau sozialer Sicherung nicht hinreichend aus eigenen Mitteln gewährleisten können, sollten von

multilateralen Institutionen unterstützt werden. So sollte auf Ebene der ILO ein globaler Fonds eingerichtet werden, der neue Strukturen der sozialen Sicherheit auf lokaler Ebene finanziert. Direkte cash transfers können – in Ergänzung zu staatlichen Programmen – als ein Mittel der sozialen Sicherung stärker in Projekten von Hilfsorganisationen eingesetzt werden, um kurzfristige Engpässe zu überbrücken.

Gesund & Multisektoral

Die Pandemie hat gezeigt, wie elementar funktionierende Gesundheitssysteme für alle Gesellschaften sind. Ihre Ausstattung muss mehr Beachtung finden und verbessert werden, auch in ländlichen Regionen. Eine barrierefreie medizinische Erst- und Basisversorgung muss immer – auch in einer globalen Krise wie der Corona-Pandemie – gewährleistet sein: Weltweit benötigen die Menschen Zugang zu Immunisierung, Kontrazeption, medizinischer Vorsorge, psychischen Therapien und Langzeitbehandlungen von schweren

Erkrankungen und Behinderungen. Dabei müssen dringend multisektorale Ansätze verfolgt werden, die Maßnahmen zu Bildung, Ernährungssicherung sowie Wasser-/Sanitärversorgung und Hygienepraxis (WASH) zusammen denken. Auch in der Katastrophenvorsorge sollten – dem multisektoralen Ansatz entsprechend – Gesundheitsrisiken stärker als bisher Eingang in Risikoanalysen und Bewältigungsstrategien finden.

Lokal & Resilient

Ernährungssysteme müssen grundlegend umgestaltet und gerecht, demokratisch, gesund und ökologisch ausgerichtet werden – der zunehmende, aus der Coronakrise resultierende Hunger macht dies erneut deutlich. Dazu sollten die lokale und die regionale Versorgung mit gesunden und nährstoffreichen Nahrungsmitteln unterstützt werden. Die Interessen von Kleinbäuerinnen und -bauern sowie Arbeiter*innen müssen im Zentrum der Veränderung stehen. Industrialisierte Landwirtschaft wie auch die Massentierhaltung sollten nicht weiter gefördert werden. Ansätze in der Landwirtschaft, die die lokalen Standortbedingungen berücksichtigen, auf agrar-ökologischen Prinzipien basieren und die

Bodenfruchtbarkeit verbessern, tragen zu einem hohen Grad zu Ernährungssicherung, Nachhaltigkeit und Resilienz bei und sind voranzutreiben. Die Zugänge der ländlichen, kleinbäuerlichen Gemeinschaften zu Land und Wasser sollten geschützt sowie lokale, klimaangepasste Züchtungen und Saatgutbanken auf Gemeindeebene gestärkt werden. Wanderhirt*innen müssen besser geschützt werden, sie brauchen das Recht auf Mobilität und sicheren Zugang zu den natürlichen Ressourcen der ariden und semiariden Zonen.

Gleichberechtigt & Zukunftsgerichtet

Reaktionspläne und Programme müssen stärker auf die Bedürfnisse und die Stärkung besonders vulnerabler Gruppen ausgerichtet sein. Der Schutz und die Rechte von Kindern müssen stärker bei der Vergabe von Hilfsgeldern berücksichtigt werden. Die Förderung qualitativ hochwertiger Bildung für alle Kinder muss zu einem zentralen Aspekt der unmittelbaren Corona-Maßnahmen sowie der langfristigen Entwicklungszusammenarbeit werden. Mädchen und Frauen sowie Menschen mit Behinderungen sollten stärker

gefördert werden, um ihre Partizipation zu stärken. Zudem braucht es mit Blick auf die Bekämpfung dieser Pandemie sowie zukünftiger Krisen mehr zugängliches Wissen und aufgeschlüsselte Daten, u. a. nach Geschlecht, Alter und eventuellen Behinderungen. Die Förderung und Finanzierung von Forschungsvorhaben in Ländern des Globalen Südens sollten ausgebaut werden.

Fair & Nachhaltig

Unternehmen müssen stärker zu nachhaltigen, fairen Arbeits- und Produktionsbedingungen verpflichtet werden. Löhne sollten in allen Sektoren fair gestaltet sein und die Existenz der Menschen langfristig sichern. Grundlegende Umweltstandards und Arbeitsrechte wie das Verbot ausbeuterischer Kinderarbeit müssen eingehalten werden. Hierfür bedarf es neuer Anstrengungen auf nationaler und internationaler Ebene, um ein wirksames Sorgfaltspflichtengesetz und ein verbindliches Lieferkettengesetz als gesetzlichen Rahmen einzuführen. Bei Verstößen gegen Umweltschutz und Menschenrechte sollte der Staat durch Kontrolle und Sanktionen eine zivilrechtliche Haftung

der Unternehmen durchsetzen können. Darüber hinaus sollten Deutschland und die EU stärker als bisher Direktzahlungen an Länder im Globalen Süden zur Bewältigung der Klimawandelfolgen leisten, anstatt Kredite zu vergeben, die das globale Verschuldungsproblem verschärfen werden. Industrienationen sind zu einem weitaus größeren Teil für den Klimawandel verantwortlich und sollten gemäß dem Verursacherprinzip für die entstandenen Schäden und Verluste aufkommen und einen grundlegenden systemischen Wechsel ihres Wirtschaftens einleiten.

Das Positionspapier ist zusätzlich in einer → [Langfassung](#) abrufbar.

Impressum

Herausgeber

Bündnis Entwicklung Hilft
Schöneberger Ufer 61
10785 Berlin

Verantwortlich

Peter Mucke

Tel. 030 - 278 77 390

kontakt@entwicklung-hilft.de

www.entwicklung-hilft.de

Foto Titelseite:

© Aldo Nelbert Banaynal / The Freeman

Bündnis Entwicklung Hilft ist der Zusammenschluss der Hilfswerke Brot für die Welt, Christoffel-Blindenmission, DAHW, Kindernothilfe, medico international, Misereor, Plan International, terre des hommes und Welthungerhilfe sowie der assoziierten Mitglieder German Doctors und Oxfam. In Katastrophen- und Krisengebieten leisten die Bündnis-Mitglieder sowohl akute Nothilfe als auch langfristige Unterstützung, um Not nachhaltig zu überwinden und neuen Krisen vorzubeugen.